SESSIONSBERICHT

Nr. 23 • Sommer 2025

Ihr EVP-Team im Nationalrat

NIK **GUGGER**, ZH
nik.gugger@parl.ch
079 385 35 35

MARC **JOST**, BE
marc.jost@parl.ch
076 206 57 57

Abwehrarbeit

Liebe Leserinnen und Leser

In dieser Sommersession fehlte Nik Gugger leider im Bundeshaus. Nach seinem Verkehrsunfall Ende März entschied sich Nik nun an der Sommersession noch nicht teilzunehmen, um weiter vollständig zu genesen.

Diese Session war für die EVP von «Abwehrarbeit» geprägt. Diverse schädliche Vorhaben gilt es abzuwehren. Leider gelang dies nicht immer. Insbesondere bei der Individualbesteuerung und der Schwächung des Zivildienstes mussten wir Niederlagen einstecken. Wir lassen uns aber nicht entmutigen, denn das letzte Wort wird wohl das Volk haben!

Herzliche Grüsse, Marc und Nik (aus dem Home-Office)

In diesem Bericht

	Seite
Individualbesteuerung	2
Verhandlungen USA	2
SRG-Initiative	3
Klimafonds-Initiative	3
Angriffe auf Zivildienst	4
Sans-Papiers	4
Eingereichte Vorstösse	5

Neue Ehestrafe mit Individualbesteuerung

EVP unterliegt beim Gegenvorschlag: Neue Ungerechtigkeit droht

Wir haben es befürchtet und jetzt ist es so weit gekommen: National- und Ständerat haben in der Schlussabstimmung einen Gegenvorschlag zur Individualbesteuerung beschlossen. Die Parlamentsmehrheit möchte nun tatsächlich die verfassungswidrige Benachteiligung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren durch eine neue Ehestrafe für Paare mit ungleichem Einkommen ersetzen. Je nach Familienmodell droht für Mittelstandsfamilien so aufgrund der Steuerprogression eine um tausende Franken höhere Steuerrechnung, während Doppeverdienerpaare massiv profitieren.

Auch dass die Finanzdirektorenkonferenz (FDK) sich gegen die Individualbesteuerung aussprach und vor Steuerausfällen sowie einer enormen administrativen Mehrbelastung der Steuerbehörden warnte, konnte die Räte nicht umstimmen.

Mögliches Referendum

Für uns als EVP bedeutet dies: wir prüfen nun intensiv, ob wir das Referendum ergreifen werden. Falls wir dies tun, sind wir auf Ihre Unterstützung, Unterschrift und Spende angewiesen! Vielen Dank!

Verhandlungen mit den USA

Bundesrat verabschiedet Entwurf für ein Handlungsmandat zu Handels- und Wirtschaftsfragen mit den USA

Unter Präsident Trump betreibt die USA eine schädliche und fragwürdige Handelspolitik, die auch die Schweiz betrifft. Obwohl die Schweiz zu den grössten Investoren in den USA gehört und grosse Abnehmerin von US-Dienstleistungen ist, droht Trump mit Strafzöllen. Der Aufschub der Zölle läuft Anfang Juli aus. Deshalb hat der Bundesrat grünes Licht gegeben für neue Verhandlungen mit den USA. Dank Nik Gugger ist die EVP in der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates vertreten und hat sich dort mit der Kommissionsmehrheit unterstützend zu solchen Verhandlungen geäussert. Die Schweiz hat gute Karten – wir sollen sie spielen!

Nik in der NZZ: «Ein Verbot von Auslandadoptionen wird meiner Geschichte nicht gerecht»

Der Einsatz von Nik Gugger gegen ein pauschales Verbot von Auslandsadoptionen geht trotz Unfall weiter. Kürzlich erschien ein lesenswerter Artikel über Nik in der NZZ.

> Artikel lesen (PDF)

Generalversammlung ECPP

Marc vertrat die EVP an der GV des Verbands «European Christian Political Party (ECPP)» in Prag.

Nein zur Halbierungsinitiative

EVP lehnt mit Nationalratsmehrheit SRG-Initiative ab

SRF muss sparen: Insbesondere tiefere Werbeeinnahmen setzen das öffentlich-rechtliche Fernsehen und Radio unter Druck. Die Sparziele lassen sich nicht ohne Leistungsabbau erzielen: Diverse Sendungen und Online-Inhalte werden gestrichen oder gekürzt sowie Stellen abgebaut.

Rechte Kreise möchten SRF aber noch mehr beschneiden. In dieser Session hat der Nationalrat deren «SRG-Initiative» beraten. Es droht der Kahlschlag! Die Initiative möchte die Gebühr für Radio und Fernsehen pro Haushalt von heute 335 Franken auf 200 Franken senken sowie die grösseren Unternehmen, welche heute auch einen Beitrag leisten, vollständig von der Gebühr befreien.

In seinem Votum stellte Marc klar: *«Diese Initiative ist kein Reformvorschlag, nein, sie ist ein Frontalangriff auf das, was uns als Schweiz zusammenhält, ein Angriff auf unsere Medienvielfalt, auf unsere vier Sprachen, auf unsere Fähigkeit, uns als Land selbst zu erzählen.»* Und weiter: *«In einer Welt, die von Fake News, Propaganda und Algorithmen überflutet wird, ist eine unabhängige, faktengestützte Information kein Luxus, sondern eine Lebensversicherung für unsere Demokratie. Die SRG ist unser Bollwerk gegen diese Flut.»*

Die EVP lehnte die SRG-Initiative zusammen mit der Nationalratsmehrheit entschieden ab. Denn die Medienarbeit von SRG und SRF ist unerlässlich für eine starke Demokratie, für lebendige Kultur sowie eine viersprachige Schweiz. Wer der SRG die Mittel halbiert, macht sie kaputt.

Wir sind aber zuversichtlich, dass zuerst der Ständerat und schlussendlich das Stimmvolk dies auch so sehen werden.

Klimafonds-Initiative

EVP unterliegt im Nationalrat beim Klimaschutz

Vergangene Versuche für mehr Klimaschutz haben gezeigt: Höhere Abgaben scheitern meist spätestens beim Volk. Die Bevölkerung findet es unfair, wenn man für das Benzin für den Arbeitsweg mehr bezahlen muss, höhere Abgaben anfallen, weil man die Ölheizung nicht ersetzen kann oder Fliegen immer mehr Reichen vorbehalten bleibt.

Die Alternative zu höheren Abgaben sind staatliche Investitionen, mit welchen klimafreundliche Heizungen, Solaranlagen, neue Technologien etc. finanziert werden könnten. Dies fordert die Klimafonds-Initiative. Sie fordert, dass 0.5 bis 1 Prozent des Brutto-Inlandprodukts (BIP) in den ökologischen Umbau der Schweiz investiert werden. Die Initiative war im Nationalrat wie erwartet chancenlos, wir sind aber optimistisch, dass das Volk den Wert dieses Generationenprojekts sehen wird.

Kreatives Votum im Rat

Marc Jost versteht es, auch als Redner Nummer 74 mit einem kreativen Votum aufzufallen und in den Medien Beachtung zu erhalten.

Schauen Sie sich gerne Marcs kreatives Votum mit Reim-Gedicht an.

> parlament.ch

Bern im Fussball-Fieber für die Women's EURO 2025

Am 2. Juli startet die UEFA Women's EURO in der Schweiz. Zur Einstimmung spielten zahlreiche Parlamentsmitglieder und Bundesrat Jans auf dem Bundesplatz.

Mehrere Angriffe auf den Zivildienst

Gleich drei grosse Angriffe auf den Zivildienst behandelte der Nationalrat in dieser Session. Alle drei fanden eine Mehrheit. Die EVP wies vergeblich auf den grossen gesellschaftlichen Wert des Zivildienstes und die teils absurden Pläne hin.

Sicherheitsdienstpflicht

Der fundamentalste Angriff auf den Zivildienst stellt eine Kommissionsmotion der Sicherheitspolitischen Kommissionen beider Räte dar. Sie will mit der sogenannten Sicherheitsdienstpflicht die Dienstpflicht ausschliesslich auf sicherheitsrelevante Einsätze beschränken, was den bisherigen Zivildienst praktisch abschaffen würde – und das, obwohl in Bereichen wie Pflege, Schule oder Umweltschutz dringend helfende Hände gebraucht werden. Das neue System würde zudem über 900 Millionen Franken jährliche Mehrkosten verursachen. Die Motion wurde von beiden Räten gutgeheissen und wird nun ausgearbeitet.

Reform Zivildienstgesetz

Auf Antrag des Bundesrates hat der Nationalrat mit der Teilreform des Zivildienstgesetztes diverse neue Vorschriften beschlossen, um den Zugang zum Zivildienst zu erschweren und unattraktiver zu machen. Sollte der Ständerat dieser unnötigen Schwächung des Zivildienstes zustimmen, wird wohl das Referendum folgen.

Wiedereinführung Gewissenprüfung

Besonders irritiert waren wir zudem, dass der Nationalrat ein Postulat zur möglichen Wiedereinführung der Gewissensprüfung annahm. Diese wurde 2008 durch eine Motion von EVP-alt-Nationalrat Heiner Studer abgeschafft und auch heute gilt noch: Ein Gewissen kann man nicht prüfen.

Ständerat lehnt Service-citoyen-Initiative ab: Abstimmung folgt

Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat die Initiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)» ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen. Die EVP hat die Initiative für eine moderne Dienstpflicht bereits während der Sammelphase unterstützt und gehörte leider zu den wenigen Stimmen im Parlament, die sich für das Volksbegehren einsetzten. Das letzte Wort hat das Volk: Die Initiative dürfte schon bald zur Abstimmung vorgelegt werden.

Gesundheitswesen nicht gegen ausländerrechtliche Fragen ausspielen

Die EVP kämpfte vergeblich gegen eine Motion der SVP, die fordert, dass sämtliche relevanten Daten von Sans-Papiers zwischen verschiedenen Akteuren wie Sozialversicherungen, Gemeinden und Krankenkassen systematisch ausgetauscht und abgeglichen werden.

Migrantinnen und Migranten ohne gültigen Aufenthaltspapiere leben in ständiger Angst, entdeckt oder abgeschoben zu werden. Aus dieser Angst heraus entscheiden sich manche Eltern unter anderem dazu, ihre Kinder nicht krankenversichern zu lassen. Denn sie fürchten, dass ihre Situation auffliegen könnte, wenn sie offizielle Wege gehen. Wenn nun ein solches Kind schwer erkrankt und auf intensivmedizinische Betreuung angewiesen ist, stellt sich auch die Frage der Kosten. Da es nicht krankenversichert ist, übernimmt schliesslich die Allgemeinheit die Kosten, weil es eine Notversorgung war.

Das Arztgeheimnis besteht aus einem guten Grund: Es schützt die Würde jedes Menschen, unabhängig von seinem Aufenthaltsstatus, und es schützt unser Gesundheitssystem davor, für ausländerrechtliche Zwecke instrumentalisiert zu werden.

In dieser Session eingereichte Vorstösse:

MARC **JOST**

Frage (25.7307) – Konferenz über die Entwicklungsfinanzierung in Sevilla →

Frage (25.7337) – Wo steht die Überarbeitung des SRVG (Rückführung Vermögenswerte ausländischer „Potentaten")? →

Frage (25.7517) – Welche nächsten Schritte unternimmt der Bundesrat im Bereich der Lebensmittelverluste? →

Alle Vorstösse von Marc Jost →

NIK **GUGGER** hat aufgrund seiner Abwesenheit in dieser Session keine Vorstösse eingereicht.

Alle Vorstösse von Nik Gugger →

Impressum:
Inhalte: Nik Gugger, Marc Jost und Generalsekretariat der EVP Schweiz
Versand und Gestaltung: Generalsekretariat EVP Schweiz